

Stv. Schulte erklärt, dass die mit der Corona-Pandemie eingeführte Terminvereinbarungspflicht für den Bürgerservice mit dem Wegfall von Test- und Maskenpflicht mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden sollte.

BM Thul weist ausdrücklich darauf hin, dass er dieser Anregung nicht folgen werde, da er nach der GO NRW als Bürgermeister die Hoheit zur Regelung der inneren Organisation der Verwaltung besitze. Des Weiteren führt er aus, dass die Terminvereinbarung im Rathaus unabhängig von der Corona-Pandemie eingeführt worden sei. Es sei geplant, auch weiterhin Termine für die Passbeantragung zu vergeben. Die Ausgabe der Dokumente selbst solle zukünftig über einen 24/7-Ausgabeautomaten vor dem Rathaus erfolgen und werde zu einer weiteren Entspannung bei der Terminvergabe führen. Hierzu habe er bereits ein Angebot eingeholt und einen Förderantrag im Leaderbüro gestellt. Momentan allerdings könne ohne Terminvereinbarung im Meldeamt noch keine Abholung arrangiert werden. Zur Zeit sei der Bereich durch die Flüchtlinge aus der Ukraine und die Briefwahl voll ausgelastet. Der Wegfall der Terminvereinbarung führe zu Belastungsspitzen an Samstagen und an Nachmittagen, die personell nicht aufgefangen werden könnten.

Abschließend weist BM Thul darauf hin, dass Bergneustadt als erste Kommune im Oberbergischen Kreis einen vollständig flexiblen Abholservice anbieten werde. Bereits jetzt sei Bergneustadt im Übrigen das Mustermeldeamt im Oberbergischen Kreis und werde von anderen kommunalen Meldeämtern besucht, die sich diese Verfahren selbst aneignen möchten. Zudem spare die Verwaltung an dieser Stelle massiv Mitarbeiterkosten und Stellenanteile.

Aufgrund einer Nachfrage des Stv. J. H. Pütz teilt BM Thul mit, dass es durchaus vorkomme, dass im Laufe des Tages Termine ausfallen. Jedoch führe man die Terminvereinbarung ein, müsse man dies konsequent ohne Ausnahmen machen. Für Notfälle sei in der zurückliegenden Zeit immer eine Lösung gefunden worden.

Stv. D. Grütz erklärt, dass ihm intuitiv die Terminvergabe im Vorfeld nicht einleuchtend gewesen sei. Da sich die Thematik ihm aber durch die Begründungen des BM erschlossen habe, bitte er, diese auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt transparenter öffentlich bekannt zu machen.